

# Danziger Zeitung.

NEOTEMERE NEC TIMIDE

Nr. 19385.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfäp. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Februar. (Privattelegramm.) Die "Kreuzzeitung" schreibt in demagogischer Weise, der Kaiser habe bei der Bemerkung „den Staub von den Pantoffeln schütteln“ nicht an die Arbeiter, sondern an die ungläubigen Professoren gedacht. Von ihnen und dem kapitalistischen Liberalismus gehe die Heze gegen das Schulgesetz aus. Arbeitslose Bauhandwerker könnten nicht von den „großen Ideen“ Lessings, Kantis, Fichtes und Darwins leben.

Die Professoren der Universität Marburg haben eine Petition gegen das Schulgesetz eingeschickt.

Das Berggesetz wird nächster Tage eingebrochen werden.

Der bald nach der Annexion Hannovers in das Herrenhaus berufene ostpreußische Großgrundbesitzer Graf Anspachhausen, der bisher nicht eingetreten war, hat jetzt dem Präsidenten angezeigt, dass er hierzu bereit sei.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Februar.

## Der Radau in Berlin.

Alle gewissenhaften Berichterstatter und nicht von Sensationssucht geleitete Blätter stimmen darin überein, dass den Tumulten in Berlin durchaus keine erhebliche Bedeutung beizumessen sei. So schreibt in wesentlicher Übereinstimmung mit unseren Mitteilungen in der heutigen Morgenauflage die "Lib. Correspondenz":

Die Polizei hatte von besonderen Maßregeln, wie Absperrung der Straßen u. s. w., abgesehen; auch der Wagenvorkehr blieb unbehindert. Die zahlreich aufgebotenen Schuhleute hielten nur darauf, dass die Massen in Bewegung blieben und gingen, wo sie Widerstand fanden, mit flachen Hieben vor, wobei sie, soweit wir beobachteten, es wohl verstanden, die unbefähigten Zuschauer von den Spektakelmachern zu unterscheiden. Sowei sich nach dem Augenschein beurtheilen lässt, rekrutiert sich die große Mehrheit der Urheber aus den halbwüchsigen Burschen, die überall, bei Paraden, öffentlichen Aufzügen u. s. w., die Hauptrolle spielen. Eigentliche Arbeiter haben wir nur vorübergehend in der Mittagspause als Zuschauer gesehen. Überhaupt waren mindestens drei Viertel der auf dem Abschnitt der Linden zwischen dem Opernplatz und dem alten Schloss zusammengedrängte Menge neugierige Zuschauer. Einem politischen Charakter haben diese Vorgänge, die in Zeiten wirtschaftlicher Krisen nichts Seltenes sind, in keiner Weise. In Regierungskreisen legt man denselben bisher auch keine Bedeutung bei und zweifelt nicht daran, dass die Polizei stark genug sein werde, ernstliche Ruhestörungen zu verhindern. Immerhin ist im allgemeinen Interesse zu wünschen, dass die Ausschreitungen der Skandalmacher baldigst ein Ende gemacht wird.

In derselben Linie führen die offiziösen "Pol. Nachr." aus:

Wie wir auf Grund von Mitteilungen zuverlässiger Augenzeugen constatiren, unterschied sich die gestrige Vormittagsversammlung beschäftigungsloser Bauarbeiter ihrem Verlaufe nach in nichts von ähnlichen Zusammenkünften, deren Berlin während des Winters schon verschieden erlebt hat. Es war eben eine nach sozialdemokratischer Sphäre, deren Verantstalter und Wortführer allerdings von dem Vorwürfe unverantwortlicher Frivolität infofern niemals freisprechen sind, als sie stets riskieren müssen, dass die Massen in einem unbewachten Augenblick sich der gewohnten Leitung entziehen und ihren ungezählten Instinkten folgen. Mehr bedarf es dann nicht, um den Janhagel, der bei solchen Anlässen in großen Städten gleichsam aus dem Erdbeben wächst, zu mobilisieren und Strafanfälle nach Art der vom Donnerstag sind und fertig. Das ist der Eindruck, den die Scenen des verflossenen Tages auf den nächsten urtheilenden Kenner Berlins und der hiesigen Platzverhältnisse hervorgebracht haben, während er sich von der Verjudung. Momentane politische Natur hineinzuziehen, oder politische Folgerungen daraus abzuleiten, völlig frei fühlt. Auch meinen wir ganz bestimmt zu wissen, dass an maßgebender Stelle die gleiche Anschauungsweise die allein herrschende ist. Die Beunruhigung, welche durch die sensationale Aufbaudurchgang der gestrigen Vorgänge seitens einiger auf Effethafterei ausgehenden Zeitungen in die öffentliche Meinung getragen worden ist, entbehrt mithin jeder reellen Unterlage.

Was nun im übrigen die von den Berliner Bauarbeitern verlaubten Nothandelsklagen anlangt, so ist man s. J. von competentester städtischer Autorität dahin belehrt worden, dass von einem eigentlichem „Nothandel“, worunter der Sprachgebrauch bekanntlich eine Massenheimsuchung versteht, in Berlin durchaus keine Rede sein kann. Dass die Bauhandwerker während des Winters am wenigsten beschäftigt sind, liegt in der Natur des Gache, wo zu kommt, dass der milde Witterungscharakter der jebigenaison auch den Nebenverdienst aus der Arbeit im Dienste der Strafreinigung sehr eingeschränkt hat. Andererseits aber ist gerade der Verdienst der Bauarbeiter in der Zeit des flotten Geschäftsganges ein so reichlich bemessener, dass es nur der ganz ungerechtfertigten Hinaufschraubung des standard of life jener Alas von Arbeitern zuzuschreiben ist, wenn sie nach Schluss der Baucampagne nicht über hinreichende Ersparnisse verfügt, um den Winter ohne allzugehre Erscheinungen überstehen zu können.

Zum Schluss möchten wir nicht unerwähnt lassen, dass, gleichwie jetzt, so auch anfangs der Vor Jahrzehnte die Bauarbeiter und Bauhandwerker den Vorfall zu der großen, allgemeinen Streikbewegung gaben, welche schließlich zu der allgemeinen Lähmung des nationalen Erwerbs- und Arbeitslebens führte. Auch jetzt trifft vorwärts, das Berliner Baugewerbe einer Krise über-

antwortet zu haben, welche fast jedem soliden Bauherrn die Neigung benimmt, sich auf größere Unternehmungen einzulassen, und dadurch eine stagnation des Gewerbes schafft, deren schädigende Consequenzen nicht zum mindesten schwerwiegenden Theile gerade auf den Schultern der Arbeiter lasten. Ansichts dieser betrübenden Situation kann man nur immer wieder die Frage aufwerfen: Wie lange werden unsere Arbeiter noch den Lohnungen falscher Freunde folgen und dadurch selber die mißliche Lage, worüber sie klagen, auf die Spitze treiben helfen?

Speciell über die gestrigen Vorgänge berichten die "Pol. Nachr." unter Hervorhebung eines wesentlichen Factors noch Folgendes:

Von 12 Uhr Mittags ab waren größere und kleinere Trupps allerlei Art nach den Linden und dem Lustgarten gezogen, welche in der kurzen Zeit einer halben Stunde Zugzug von allen Seiten erhalten, so dass von 12½ Uhr ab die Passage beschwerlich wurde und die Schuhmannschaft Mühe hatte, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Man würde aber sehr fehl gehen, wollte man glauben, dass nur der bekannte Janhagel, kennlich an dem blau- oder rothsiedenden Haustuch und schwarzfeindeter Mütze, sich eingefunden hätte. Nein, ein sehr großes Kontingent stellten jene nichtanständigen Maneure, welche bei jedem Radau, wenn sie sich für gefahrlos halten, gerne mitmischen. Und es gereicht gewiss jedem anständigen Bürger zur besondern Genugtuung, dass diese Strolche im Cylinderhut nicht geschont worden sind. Als die Schuhwache kurz nach 12½ Uhr mit klingendem Spiel angezogen kam, begann das bekannte Gejohle. Die Schuhmannschaft ließ vorerst die Wache ins Schloss ziehen, dann aber brach das Ungewitter über das Schloßhenthum mit einer plötzlichkeit und Heftigkeit herein, vor der es kein Halt geben. Als dem Befehl, den Platz zu räumen, mit Schreien geantwortet wurde, zog die gesammelte Schuhmannschaft, welche vom Lustgarten ab über den Platz vor dem Schloss, die Schlossfreiheit, Schlossbrücke bis hinab zum Denkmal Friedrich des Grossen vertheidigte, zu gleicher Zeit blank und hieb unermüdlich mit den flachen Klinge auf die Strolche in der Menge wie auf die Strolche im Cylinder ein. Feige stob das Gesindel unter lautem Wehgeheul nach allen Richtungen aus einander und in nicht 2 Minuten war der große weite Platz, welchen die Radaubrüder zu vielen Zusammentreffen befahl gehalten hatten, radical gesäubert. Es war ein Denkmal, den die, welche ihn erhalten haben, sobald nicht vergessen werden.

Addiert man zu den Radaubrüdern in Menge und Cylinder noch das schöne Frühlingsartige weiter, was Tayende auf die Straße lotzt, die sich sonst nicht blühen lassen würden, so hat man mehr als genügende Erklärungen für den Umsang des Radaus.

Heute gingen uns noch folgende Drahtmeldungen zu:

Berlin, 27. Februar. (W. T.) Die Versuche zu Ansammlungen an verschiedenen Punkten dauerten gegen 10 Uhr Abends noch fort; doch kam es nirgends zu ernstlichen Ausschreitungen. Überall zerstreute sich die Menge vor der einschreitenden Polizei. Als sich der Kaiser gegen 8½ Uhr zu den Meinungsschwestern begab, verließ sich die Menge auch in der Umgebung des Schlosses.

Bis Mitternacht waren aus keinem Stadttheile Nachrichten von ernsteren Zusammenstößen eingelaufen.

Berlin, 27. Februar. (W. T.) Der socialdemokratische "Vorwärts" veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Aufruf an die Arbeiter Berlins, in welchem er speziell die socialdemokratischen Parteigenossen auffordert, jeglichen Ansammlungen fernzuhalten. Die Tumulte und Eigentumszerstörungen seien nicht ein Mittel, der herrschenden Notlage abzuhelpen. Von den socialdemokratischen Stadtverordneten wird die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordneten-Versammlung beantragt zur Berathung eines dringlichen Antrages, durch Inangriffnahme städtischer Arbeiten den Arbeitslosen Beschäftigung zu gewähren.

## Nachklänge zur Kaiserrede.

Auch in der conservativen Presse erhebt sich Widerspruch. So bemerkt die "Post", dass die Kritik der Akte der Regierung im Verfassungstaate nicht bloß ein Recht des Staatsbürgers sei; es sei vielmehr eine patriotische Pflicht aller Bürger, da wo sie die Regierung auf unrichtigem Wege glauben, mit ihrer Kritik nicht zurückzuhalten. Werde die Kritik sachlich ohne Vorwürfenkommenheit oder Parteidräckicht geübt, sei das zum Wohle des Vaterlandes. Mehr denn je sei in unserer Zeit die rücksichtslose Erfüllung dieser Pflicht ein unabwiesbares Gebot des Patriotismus. Es sei ein großer Irrthum zu glauben, die unfraglich in weiten Kreisen herrschende Misstrührung sei ein Kunstprodukt. Wo Unzufriedenheit herrsche, liege der Grund hauptsächlich in Handlungen oder Unterlassungen der Regierungen. Das hieße Vogelstraufpolitik treiben, wie man sie anfänglich gegenüber der Bewegung gegen das Volksschulgesetz zu besolgen sich anstükte. Ob gerade die heutige Zeit eine Aufforderung an die Regierung enthalte, ohne Rücksicht auf die Stimmung weiterer Kreise gegen den Strom zu schwimmen, erscheine mindestens fraglich. Jedermann aber wäre es ein für die richtige Führung der Regierungspolitik verhängnisvoller Irrthum, wenn man die bestehende Misstrührung als vermeintliches Kunstprodukt unbeachtet lassen wollte.

Wenn man daher auf die Neigung stößt, sich in Illusionen zu wiegen, sei es patriotische Pflicht, der Wirklichkeit und Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Begeisternte Zustimmung hat die Rede, von einigen conservativen Blättern abgesehen, nur in der clericalen Presse gefunden. Die Oppo-

sition gegen den Volksschulgesetzentwurf wird dort mit der "Nörgelei" identifiziert, gegen welche der Kaiser sich gewendet. Auch der polnische "Kurier Poznań" stimmt zu; er schreibt:

"Wir müssen wünschen, dass es dem Monarchen wirklich gelinge, auszuhalten und weiter zu schreiten auf dem Wege, den ihm der Himmel angewiesen hat. Auf diesem Wege müssen auch wir schließlich das Ziel unserer Wünsche finden angesichts eines Monarchen, welcher die ganze auf ihm lastende Verantwortlichkeit kennt vor dem allerhöchsten Machthaber, dem Herrn der Heerhaaren, welcher die Könige eingesetzt hat."

In der liberalen Presse kehrt durchweg die Verwahrung dagegen wieder, dass der Widerspruch gegen die jeweilige Regierungspolitik unberechtigte Nörgelei sei, oder dass man nötig habe, auszuwandern, wenn man mit Regierungsmassregeln unzufrieden ist, wie überhaupt die kaiserlichen Aeußerungen auch in den Einzelheiten eine mehr oder weniger eingehende Kritik hervorrufen. So schreibt die "Köln. Igl.":

"Sir Francis Drake suchte vom Stillen Ocean aus, der aller Welt wohlbekannt war, eine inneramerikanische Durchfahrt nach dem atlantischen Meer und er sah die Sonne im Osten über der Atlantis aufgehen; er stieß bei seinen Bemühungen an ein himmelhaft ragendes Gebirge, die Durchfahrt aber fand er nicht, wenn er auch das längst schon bekannte Meer des Ostens von der Felshöhe erblickte. Eine moderne Reaction, die ja mit den Bestrebungen der Entdecker wenig gemein hat, würde auch auf ein Hochgebirge treffen, das den Durchgang verwehrt, auf das Hochgebirge der deutschen Bildung und des unabhängigen deutschen Charakters."

Die treffliche Wochenschrift "Nation" führt mit besonderem Bezug auf die religiöse Seite der Rede aus:

"Ein Trinkpruch von so charakteristischer Eigenart zeichnet zweifellos mit Deutlichkeit das Seelenleben und die Gedankenwelt des Monarchen, und diese sind für die staatliche Entwicklung in Preußen und Deutschland ein Factor von großer Bedeutung."

Man braucht gar nicht die leichten Consequenzen aus der Rede des Kaisers mit wohlgefälligem Pessimismus herauszupressen, und man muss gleichwohl sagen, dass unsere heutigen, thatsächlich vorhandenen modernen Zustände und die Ideen des Monarchen unversöhnliche Gegenstände sind, und dass mit ihm jeglicher Versuch, diese Ideen in die Wirklichkeit einzuführen, nothwendigerweise die folgen schweren Zusammenstöße herbeiführen müsste. Die Hoffnungen und eine mächtige Strömung unserer Tage geben auf eine friedliche Ausgestaltung des Staatslebens in constitutioneller Richtung; die Auffassung, dass Gott und das Hohenholzernhaus "Allierte" sind, führt unmittelbar in die Richtung einer Wiederbelebung des heute in der civilisierten Welt gänzlich untergegangenen Cäesaropapismus; der ist augenblicklich nur noch vorhanden in Russland und der Türkei.

Und wie viele Sterbliche haben sich über ihre "Allianz" mit dem Himmel getäuscht!

Es gibt eine kleine erschütternde Skizze von Zola, in der geschildert wird, wie zwei gegenüberliegende feindliche Heere beide inbrüstig zum Höchsten um den Sieg fechten, und wie dann jedes Heer voll des Bemühens in den Kampf stürzt, dass Gott gerade sein Flehen erhört habe. Man schneidet sich die Hände ab in religiöser Zuerstheit, und der eine Haufen erfährt schließlich, dass sein Vertrauen auf überirdischen Beistand trügerisch gewesen ist; er wird geschlagen und vernichtet. Es gibt auch eine andere nicht weniger lehrreiche Geschichte, die aus dem Alterthum berichtet wird. Kreuz, mit glorreichen Vorgängern, war König eines gewaltigen Staates, und da er in einem Drakel einen göttlichen Befehl zu vernehmen glaubte, so handelte er dem Drakel gemäß, das sagte: Wer den Hals überschreitet, wird ein großes Reich zerstören. Der siegesjährige Kreuz übertritt den Hals und zerstört durch seine Macht diejenigen, die nicht der freisinnigen Partei angehören. Herr v. Levekow schwieg dazu. Ich traue Herrn v. Levekow Treppenwohl genug zu, dass ihm nachher eingefallen ist, dass er eigentlich hätte sagen müssen: Ich muss feststellen, dass jedes Mitglied des Reichstages auf einen gleichen Maß von Glaubwürdigkeit Anspruch hat." Böser Wille von seiner Seite lag wohl nicht vor, aber er stand an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Als der Abgeordnete Dohrn, einer derjenigen, die von der Aeußerung des Herrn v. Stephan betroffen waren, sich diese "Injunction" verbal stand, stand er in einem Drakel wieder auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit und bezeichnete das Wort Injunction als unhörig. Herrn v. Stephan's Redewendungen bleiben trotzdem solche, welche Optimus als pikant bezeichnet kann und für die pessimus eine schärfere Bezeichnung findet."

Auch in der gefriegen Sitzung des Reichstages bei der Fortsetzung der Berathung über das Telegraphengesetz befleißigte sich Herr v. Stephan eines ähnlichen Aufstretens. Er hielt eine lange Rede, in der er von einem Kampf gegen Windmühlen, einer Hunnenschlacht u. s. w. declamierte, die Ablehnung sämtlicher Anträge empfahl, da dieselben den "Organismus" des Gesetzes stören würden. Wie Hannibal, nach Anhörung eines Vortrages des Sophisten Phormio über Feldherrnigenie, rief er aus: "Ich habe niemals einen grüheren Narren über Feldherrnigenie reden hören." Nach einer sehr ruhigen, aber entschiedenen Entgegnung Schraders fand Herr v. Stephan plötzlich den Antrag Bödiker annehmbar, der dem Spätkommenden die Kosten des Schutes aufgerichtet. Indessen ging der Tag aus, wie das Hornberger Schießen. Das Haus war, wie schon gemeldet, nicht beschlussfähig. Vielleicht gehts heute besser; vielleicht würst auch Herr v. Stephan die Debatte wieder mit einigen "Pikanterien", die immerhin ein Gutes gehabt haben, nämlich das, eine ganze Reihe von sonst prinzipiellen Freunden des Gesetzes in Gegner desselben zu verwandeln, wie Herr v. Vollmar gestern constatirte. Auch ein Erfolg!

Deutschland und die Weltausstellung in Chicago.

Am Mittwoch, den 24. d. Mts., sand in dem kleinen Saal des Architektenhauses auf Einladung des Reichscommisars für die Welt-Ausstellung in Chicago eine Versammlung hervorragender Architekten und Ingenieure aus nahezu allen Theilen des Reiches statt, um zu der von vielen Seiten angeregten Frage der Beteiligung an der Welt-Ausstellung Stellung zu nehmen. Nachdem der Herr Reichscommisar, Geh. Reg.-Rath Wermuth, die aus ungefähr 50 Herren bestehende Versammlung







# Beilage zu Nr. 19385 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 27. Februar 1892.

## Reichstag.

181. Sitzung vom 26. Februar.

Die gestern unterbrochene Berathung des Reichstelegraphengesetzes wird bei § 7a (Anlage-Beschränkungen bei der Gefahr der Störung concurrirender elektrischer Leitungen) fortgesetzt.

Abg. Spahn (Centr.) befürwortet den Antrag Lieber-Spahn, der die Frage der Möglichkeit des Selbstschutzes bei Seite lasse, aber dem praktischen Bedürfniss entgegenkomme. Bei der Wichtigkeit der Frage der Weiterentwicklung der Elektrotechnik für unser gesammtes wirtschaftliches Leben müsse unbedingt dem bloßen Belieben der Verwaltung, alle Kraftübertragungsanlagen zu verhindern, eine Schranke gesetzt werden.

Abg. Graf Arnim (Rp.) tritt für den Commissionsbeschluss ein. Ein Selbstschutz sei nicht möglich; Starkstromleitungen würden immer andere Leitungen störend beeinflussen. Der Standpunkt des Staatssecretärs sei der einzige richtige. Die Telegraphenverwaltung werde die Verkehrs- und sonstigen allgemeinen Interessen nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Elektricitätsgesellschaften dürften auf Kosten der Allgemeinheit keine besonderen Vortheile verlangen, denn sie befänden sich nicht in einer Nothlage, wie z. B. die Landwirtschaft.

Abg. v. Strombeck (Centr.): Die Reichstelegraphen-Verwaltung erstrebt nur die gesetzliche Festlegung bestehenden Zustandes; sie hat zwei in der Theorie beruhigende Erklärungen abgegeben, daß sie sich unter das geheime Recht stellen und der Privatindustrie eineswegs Nachtheile zufügen wolle. Dieser Theorie steht aber eine beruhigende Praxis gegenüber. W. in Breslau hat auch in Dresden die Postverwaltung verlangt, daß der betr. Unternehmer sich den allgemeinen Bedingungen unterwerfe, welche die Oberpost-direction über Starkstromleitungen aufgestellt hat. Von allen vorliegenden Anträgen wird keiner dem wirklichen Bedürfniss ganz gerecht. Erst wenn eine Störung der Telegraphenleitungen eingetreten oder zu befürchten ist und durch Selbstschutz nicht verhütet werden kann, kann die Verwaltung die Verlegung oder Beseitigung der störenden Leitungen verlangen.

Staatssecretär v. Stephan: Der Antrag Spahn ist nicht annehmbar, ebenso der Antrag Strombeck. Der Fall in Dresden passt hier nicht her; dort giebt es ein Gesetz, auf Grund dessen die Oberpostdirection ihr Verlangen gestellt hat. Der Verwaltung liegt es ganz fern, der elektrischen Industrie irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten. Die Elektricität muß in die Bevölkerung eingeführt werden; das ist eine sonore Art zu reden, aber es stimmt nicht. Sie ist seit 50 Jahren in der Telegraphie, seit 10 Jahren in der Beleuchtung, seit einer Reihe von Jahren in der Kraftübertragung. Alles will jetzt von der Elektricität leben, bald wird es mehr Menschen geben, die von ihr leben wollen, als solche, die ihrer bedürfen. Einer der Hauptherde der Bewegung ist Frankfurt a. M. Die berühmte Kraftübertragung von Lauffen aber wäre ohne Hilfe der Reichstelegraphenverwaltung überhaupt nicht herzustellen gewesen. Jetzt spielt man diese Leistung gegen die Verwaltung aus. Von Frankfurt aus schick man Wanderapostel auf Reisen, diese kommen in die elektrotechnischen Vereine, fangen ihre Erregung an, stören diese Vereine in ihrer ruhigen Arbeit (Heiterkeit links); dieser verwerflichen Wirksamkeit muß entgegengetreten werden

man kann hier nicht mehr von einem Beunruhigungsbacillus sprechen; es handelt sich schon mehr um ein vollständiges Beunruhigungsmegatherium. (Große Heiterkeit.) Es wird immer auf den Congreß verwiesen, der 400 Theilnehmer zählte. Die Zahl kann doch nicht imponiren, Fachmänner waren darunter nur wenige; der Dilettantismus mache sich dort breit und den müssen wir bekämpfen. Die Petition der Städte will ich milde behandeln mit dem Hamletschen Worte „Der Rest ist Schweigen“. Die Telegraphenverwaltung ist keine Partei; es sind die verbündeten Regierungen, welche Ihnen das Gesetz vorgelegt haben. Es handelt sich hier nicht um Verkürzung der Rechte der Gesamtheit zu Gunsten Einzelner, sondern gerade das Interesse der Steuerzahler soll gewahrt werden. Gegen Herrn Siemens bemerke ich zunächst, daß die Kraftelektricität noch sehr teuer ist. Mit der Verbilligung, die wir ja alle wünschen müssen, hat es noch gute Wege. Gerade sind die dynamischen Maschinen noch größerer Vollkommenheit fähig. Diejenige Vollkommenheit aber, welche die Kraft zum Gemeingut des Publikums machen wird, ist noch nicht gefunden. Um nun die Tragweite des Antrags v. Bar zu würdigen, muß man sich immer gegenwärtig halten, daß der Starkstrom hunderttausendmal so stark ist wie die Ströme, mit denen die Telegraphen-Verwaltung arbeitet. Die Starkströme können Menschen töten, Eisen schmelzen, Feuersbrünste erzeugen. Nun ist der Ausdruck „in sich selbst geschützt“ im Antrag v. Bar schlechthin unverständlich. Ein technischer Schutz ist überhaupt nicht möglich. Der ganze Gegenstand ist schließlich nichts als einer einer Kostenfrage. Der Hinweis des Hrn. Siemens, daß unsere elektrische Industrie konkurrenzfähig würde, wenn ihr die Lasten des Gesetzes auferlegt würden, ist hinfällig, denn alle ausländischen Gesetzgebungen statuieren ein viel weiter gehendes Recht der Telegraphen-Verwaltung, viel größere Einschränkungen als unsere Vorlage. Schließlich haben die Herren Siemens und Singer ein persönliches Moment ins Gesetz geführt. Man hat auf mich persönlich und auf meine Rücksichtlosigkeit hingewiesen. Mag mein Nachfolger sein, wer er wolle, niemals wird er die Verwaltung des Reichspost- und Telegraphenwesens, zumal in einer Zeit, die unter dem Zeichen des Verkehrs steht, anders als nach den Traditionen führen können, unter denen sie groß und mächtig geworden ist. Lehnen Sie die Anträge ab und verhüten Sie dadurch, daß in diesen Bau die Zerrüttung hineingetragen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Schrader: Der Staatssecretär sieht überall nur Missverständnisse. Es handelt sich doch um die ganz concrete Frage: Wie stehen die Telegraphenleitungen gegenüber anderen elektrischen Leitungen? Nur die Beantwortung der Frage ist gefordert worden, ob die Telegraphenverwaltung den Anspruch erhebe, einfach die anderen elektrischen Leitungen in ihrem Bereich untersagen zu können. Der Staatssecretär hat seiner Zeit diese Frage verneint. Jetzt gibt er diese bestimmte Antwort nicht mehr. Er gab heute allein seinem Verdruss darüber Ausdruck, daß von seiner abweichende Ansichten existieren. Es ist aber wohl nicht recht, wenn man in der Weise, wie er es hat, urtheilt über eine Versammlung, wie den Frankfurter Congreß, dem man Sachverständnis doch wohl nicht absprechen kann. Man sollte sich vor derartigen Urtheilen hüten Leuten gegen-

über, die unsere Gastfreundschaft genossen haben (Sehr richtig! links). Wir müssen in diese Frage gesetzliche Alartheit schaffen, wenn anders wir nächster nicht die Verantwortung für die Folgen übernehmen sollen. Die Missverständnisse sind entstanden in Folge der ganzen Behandlung des Gesetzes durch die verblüdeten Regierungen. Wir haben eine Menge von Bestimmungen in der Commission in dieses Gesetz aufzunehmen müssen, weil das Gesetz betr. die elektrischen Anlagen noch immer beim Bundesrat ruht und nicht voraus gegeben ist. Es ist uns auch nicht das geringste Entgegenkommen seitens der Regierung zu Theil geworden, obgleich unsere Forderungen doch gewiß keine absurden sind. Nachdem man diese Forderungen abgewiesen hat, tritt die Frage auf, ob das Recht, wie es die Reichstelegraphenverwaltung für sich in Anspruch nimmt, in anderer Weise geordnet werden soll. Wir sträuben uns gegen eine Festlegung dieses Rechtes, weil sich die Verhältnisse fortgesetzt verschieben, weil die Elektricität sich fortgesetzt weiter entwickelt. Deshalb können wir nicht einem Theile besondere Rechte einräumen. Wenn man dem Besitzer der Straßen besondere Verpflichtungen der Telegraphen-Verwaltung gegenüber auferlegen will, so muß man ihm das Recht auf Entschädigung geben. Eine solche Entschädigung ist aber unmöglich, und daher bleibt nur übrig, gleiches Recht beiden Theilen zu geben. Die Elektricität hat eine Zukunft, die der Staatssecretär nicht anerkennt will, nicht nur für die großen Städte. Nein, es können auch in anderen bisher vernachlässigten Gegenden mit Hilfe der Elektricität große Industriecentren entstehen. Aber man sollte auch die Interessen der Städte, die sich einstimmig in unserem Sinne ausgesprochen haben, nicht zu sehr hintansetzen, namentlich in Preußen nicht. Denn die Städte bringen den größten Theil der Steuern auf, und werden es nach dem neuen Einkommensteuergesetz noch in höherem Maße thun. Ich halte einen Selbstschutz auch bei den Telefonleitungen wenigstens in hohem Maße für möglich. Das Wort „Selbstschutz“, woran der Staatssecretär Anstoß nimmt, ist doch ein terminus technicus, den sonst jeder versteht. Der Staatssecretär erklärt die Reichstelegraphenverwaltung, alles, was er und seine Untergebenen bis zum untersten Beamten thun, für vollständig unfehlbar. Gonso habe ich noch nie gehört, daß jemand in dem Maße die Unfehlbarkeit für sich und andere in Anspruch nimmt. Wir geben ja zu, daß die Reichstelegraphie nach Möglichkeit den Fortschritten der Wissenschaft und Technik folgen wird. Nehmen Sie vorläufig für diese Lesung unser Antrag an. Ich glaube, die verbündeten Regierungen werden in der dritten Lesung ihren Widerstand gegen die Anträge aufgeben, wenn sie einsehen werden, daß sie ohne eine solche Bestimmung eine Zustimmung zu dem Gesetz nicht erhalten. Stimmen Sie jetzt für unseren Antrag oder für den Antrag Spahn, wir behalten uns für die dritte Lesung eine eventuelle Aenderung vor. (Beifall links.)

Abg. Hammacher (nat.-lib.) empfiehlt den Antrag Bödiker als den relativ besten. Bezüglich der Entwicklung der Elektricität stehe ich ziemlich auf dem Standpunkt des Staatssecretärs. Nur darin stimme ich dem Abgeordneten Schrader bei, daß das Telegraphengesetz viel leichter zur Erledigung käme, wenn wir be-

reits ein Elektricitätsgesetz hätten. Ich hoffe, daß ein solches uns bald vorgelegt wird.

Abg. v. Vollmar (Soc.): Trotzdem wir nicht die Staatsfanatiker sind, als die wir so oft verschrien, befinden wir uns wenigstens mit unserer relativen Sympathie stets auf der Seite des Staates, wenn er im Widerstreit mit den privatkapitalistischen Interessen steht. Die Haltung des Staatssecretärs aber bestärkt uns in dem Misstrauen, daß man die Absicht hat, die Verwaltung zur Alleinherrscherin über die Elektricität und ihre Anwendung zu machen. Der Staatssecretär und die verbündeten Regierungen sind doch nicht unfehlbar. In diesem Hause wird das öffentliche Interesse verfassungsmäßig vertreten und in viel umfassender Weise als es die verbündeten Regierungen zu thun im Stande sind. Wir werden für den weitesten Antrag, den Antrag v. Bar stimmen.

Staatssecretär v. Stephan erklärt den Antrag Bödiker für annehmbar.

Der Antrag v. Strombeck wird zurückgezogen.

Die Abstimmung erfolgt zunächst über den Antrag Lieber-Spahn, für den 82, gegen den 89 Mitglieder stimmen. Da nur 171 Mitglieder statt der beschlußfähigen Mindestzahl von 199 Mitgliedern anwesend sind, muß die Sitzung abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Gonnabend.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 26. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 210—216. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 215—222, russ. loco fest, neuer 190—194. — Hafer fest. — Gerste ruhig. — Rüböl (unverzöllt) ruhig, loco 58.00. — Spiritus still, per Febr. März 35<sup>1/8</sup> Br., per April 35<sup>1/8</sup> Br., per April—Mai 35<sup>1/8</sup> Br., per Mai—Juni 35<sup>1/8</sup> Br. — Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Gack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.35 Br., per März 6.15 Br. — Weizen: Prachtvoll.

Hamburg, 26. Februar. Kaffee. Good average Santos per März 68<sup>1/4</sup>, per Mai 68, per Sept. 65<sup>1/4</sup>, per November 62<sup>1/4</sup>. Behauptet.

Hamburg, 26. Februar. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenrohrzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Urfance, f. a. B. Hamburg per Februar 14.35, per März 14.35 per Mai 14.65, per August 14.95. Ruhig.

Bremen, 26. Februar. Kaffee. Petroleum. (Schlußbericht.) Fett zollfrei. Matt. Loco 6.50 Br.

Havre, 26. Febr. Kaffee. Good average Santos per März 90.75, per Mai 87.75, per September 83.25. — Fest.

Frankfurt a. M., 26. Febr. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Deisterreichische Credit-Acien 265<sup>1/8</sup>, Franzosen 247<sup>1/8</sup>, Lombarden 75<sup>1/4</sup>, ungar. Goldrente 92.70, Gottscheerbahn 136.20, Disconto-Commandit 179.10, Dresdener Bank 132.20, Bochumer Gußstahl 110.30, Dortmunder Union St.-Br. 53, Gelsenkirchen 132.80, Harpener 136.20, hibernia 122, Laurahütte 102.50, 3% Portugiesen 28.40. Still.

Wien, 26. Februar. (Schluß-Course.) Dößterr. Papierrente 94.85, do. 5% do. 102.60, do. Silberrente 94.35, 4% Goldrente 110.85, do. ungar. Goldrente 107.75, 5% Papierrente 102.30, 1860er Loope 140.25, Anglo-Auss. 157.00, Länderbahn 205.75, Creditact. 307.87<sup>1/2</sup>, Unionsbank 237.50, ungar. Creditact. 346.00, Wiener Bankverein 112.50, Böh. Westbahn 352.00, Böh. Nordb. 184, Busch. Eisenbahn 451.00, Dux-Bodenbacher Elbetalbahn 228.50, Tief. Nordbahn 2855.00 Franzosen 282.37<sup>1/2</sup>, Galizier 212.00, Lemberg-Gérn. 246.50, Lombard. 86.10, Nordwestb. 209.50, Paribukhet 284.00.

